

Halle'sche Zeitung

vorm. im G. Schwesfke'schen Verlage. (Hallscher Courier.)

N 38.

Verlag der Actien-Gesellschaft Halle'sche Zeitung.

Halle, Sonntag, 14. Februar.

Verantwortl. Redacteur: Professor Dr. O. Gerhardt.

1886.

Hallsche Wochenschau im deutschen Reiche.

Der Kaiser, der sich in gutem Wohlfsein den Regierungsgeschäften widmet, empfing am Montag den Reichsminister zum längeren Vortrag.

Am Donnerstag Abend hat der hohe Herr an dem Hofe der krongründigen Herrschaften im königlichen Schloss theilgenommen. Die königliche Familie war leiber wohl die Erkrankung des in Rom studirenden Prinzen Leopold in Beforgnis versetzt, jedoch ist der Verlauf der Krankheit ein wenig so günstig, daß keine ärztlichen Maßnahmen mehr auszuweisen werden.

Bei dem Fürsten Bismarck hat am Sonntag eine Sitzung des preussischen Staatsministeriums stattgefunden.

In den zuständigen Ausschüssen des Bundesraths ist die Beratung des Branntweinmonopolentwurfs fortgesetzt worden. Es heißt, daß die Vorlage in einer Hinsicht an den Reichstag gelangt werde, nach der vorläufig das Monopolverbot auf das Reichsgebiet verlegt wird, weil die drei süddeutschen Regierungen wohl geneigt sind, ihr Reformverbot aufzugeben, aber ihre ausdrückliche Zustimmung zu der Ausdehnung des Monopols auf ihre Länder nicht erklären wollen, bis sie ihre Kammer befragt haben. In der badischen zweiten Kammer hat Minister Turban eine ähnliche Erklärung abgegeben, wie auch der Finanzminister von Riedel im bairischen Abgeordnetenhaus. Am Mittwoch kam hier nochmals bei Gelegenheit der Beratung von Petitionen gegen das Monopol die Haltung der bairischen Regierung zur Sprache, wobei der Finanzminister erklärte, daß Bayern 20-30 Mill. M aus dem Ertrage erhalten werde, die Fabrikanten für das Land unannehmbar sei, die mittleren und kleineren Bayern Bayerns kein Monopol Vortheil haben und die Schäden der Industrie, die Existenz zu gewerblichen Zwecken verarbeitet, vollaus berücksichtigt werden würden. Hier sei auch gleich erwähnt, daß ein Majoritätsbescheid der Stabvotenversammlung von Köln gegen das Monopol von der dortigen Regierung als außerhalb der Competenz der Versammlung liegend beanstanden werden ist.

Der Reichstag trat am Montag in die dritte Beratung des Etats ein. Nachdem bereits die nationalen Parteien die Wiederherstellung der in der zweiten Lesung erlassenen Position von 800000 M, als erste Rate für einen neuen Wiso beantragt hatten, brachten Centrum und Freisinnige einen Antrag ein, entgegen ihrem eigenen Beschlusse der zweiten Lesung 100000 M zu bewilligen. Was die überzeugenden Gründe des Weses der Abm ratität nicht vermocht haben, ist augenscheinlich der sehr deutlich wahrnehmbare Stimmung außerhalb des Hauses gegen das Verhalten der Mehrheitspartei gelungen. Sie wollen aber neben dem eingeleiteten Nischen auch das Prinzip der Sparlosigkeit retten und beantragen daher Abträge bei Positionen, an die sich ein geringeres allgemeines Interesse knüpft als an den neuen Wiso. Am Mittwoch und Donnerstag wurde eine sehr lebhafte Währungsdebatte geführt, die indessen wenig Material nicht zu Tage förderte. Nachdem ein Antrag, die Regierung um Einleitung von internationalen Verhandlungen behufs Einführung der Doppelwährung zu ersuchen, nicht zu Stande gekommen war, haben die Virentalkassen beantragt, der Regierung eine eingehende Prüfung der Währungsfrage aufzugeben. Am Freitag hat der Reichstag die dritte Lesung des Etats beendet, wobei die Beschlüsse der zweiten Lesung überall aufrecht erhalten

wurden. Nur bei dem Extraordinarium der Marineverwaltung wurden, dem oben erwähnten von der deutschfreisinnigen Partei und dem Centrum gestellten Antrage entgegen, zwar 600000 M für diesen Zweck bewilligt, dagegen gleichzeitig eine annähernd gleiche Summe bei anderen Titeln dieses Etats gestrichen. Am Uebrigen wurde die dritte Beratung ohne erhebliche Debatte zu Ende geführt und schließlich der Etat nach Feststellung der Materialarbeit und Erledigung des Anliegeses im Ganzen mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Von den Resolutionen gelangte nur die wegen Vorlegung eines Gesetzentwurfs, welcher die Unterstützung der Familien der zur Uebung einberufenen Meeresoffiziere und Landwehrlaute regelt, zur Annahme. Am heutigen Sonnabend steht der Antrag Rintelen, betr. die Befragung der Wahlbeeinflussungen auf der Tagesordnung.

Die Zuckersteuerkommission hat den Paragraph 1 der Regierungsvorlage abgelehnt und eine Antrag Rohland angenommen, welcher die Materialsteuer, statt zu erhöhen, herabsetzt. Ob die Regierung dem zustimmen wird, ist nach den weiter unten folgenden Auslassungen der „B. V. W.“ fraglich. Die Gewerbesteuern-Kommission hat die Beratung des Antrages Adermann fortgesetzt und sich mit Majorität für das Erbringen eines Befähigungsnachweises der selbstständigen Handwerker ausgesprochen. Sie ist damit beschäftigt, die einzelnen Gewerke zu bestimmen, welche dieser Forderung unterliegen sollen.

Das preussische Abgeordnetenhaus setzte die Etatsberatung fort. Bei dem Kapital Landensbörmerie fand eine gereizte Debatte über den Ton in der Regierung und Parteipresse statt. Ein nationalliberaler Abgeordneter war mit Recht der Meinung, daß jedenfalls die freisinnige Presse in der Geschäftigkeit und Rücksichtslosigkeit unübertroffen dasthe. Am Dienstag ist die erste Plenarvorlage eingegangen, welche einen Fonds von 100 Millionen zur Anweisung deutscher Landwirthe in Westpreußen und Polen verlangt und eine dem Staatsministerium unterstellte Commission, der je 2 Mitglieder beider Häuser des Landtages angehören sollen, zur Ausführung des Gesetzes eingesetzt wissen will. Am Mittwoch fand die Debatte über die Abänderung des Paragraphen 27 der Geschäftsordnung vor ziemlich leeren Banken und Tribünen statt, ein Zeichen, daß die Klagen der Deputation über den „Bruch der Geschäftsordnung“ und die „Verwältigung der Minorität“ bei Gelegenheit des Antrages Achenbach kaum ernst genommen werden. Am Donnerstag ist die zweite Plenarvorlage betreffend die Anstellung und das Dienverhältnis der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen im Gebiete der Provinzen Westpreußen und Polen und des Regierungsbezirks Doppelin, sowie der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Befreiung der Schuldverhältnisse im Gebiete der Schulordnung für die Gesehrentarsschulen der Provinz Preußen vom 11. Dezember 1843 und des Schul-Reglements vom 18. März 1801 für die niederen katholischen Schulen in den Städten und auf dem platten Lande in Schlesien und der Grafschaft Pommern eingegangen.

Das Haus beendigte die zweite Beratung des Justizets, dessen einzelne Positionen bewilligt wurden. Am heutigen Sonnabend wird die Etatsberatung fortgesetzt und die definitive Wahl des Präsidiums vorgenommen, wobei die Wahl des ersten Vicepräsidenten

von Heereman aus dem weiter unten erörterten Grund zweifelhaft geworden ist

Politischer Tagesbericht. Deutsches Reich.

Zu den Verhandlungen der Zuckersteuerkommission wird den offiziellen „B. V. W.“ offenbar aus dem Finanzministerium — das Nachstehende bemerkt: Hauptzweck der Reform der Zuckersteuer ist ohne Zweifel die Vermehrung der Staatseinnahmen aus dieser Steuer. Es wird nun nicht zweifelhaft sein, daß von den vorgeschlagenen Modifikationen diejenige den Vorzug verdient, welche dem Staate die gewinnlose Mehrerhebung sichert, ohne die Industrie als solche über Gebühr zu belasten, wobei die Entlastung des Consumenten, wenn überhaupt, erst in dritter Linie in Betracht kommt.

Die den Consumenten wirklich belastende Steuer ist in ihrer Höhe gleich der Exportzollifikation, da der Inlandpreis sich zusammensetzt aus dem Weltmarktpreis und der Exportzollifikation. So lange also nicht die Exportzollifikation erhöht wird, trifft den Consum keine Mehrbelastung, dagegen tritt jede Ermäßigung der Exportzollifikation direkt als eine Belastung der Industrie in die Erscheinung. Betrachtet man von diesem Gesichtspunkte aus die verschiedenen im Schooße der Reichstags-Kommission gemachten Vorschläge, so ist zu verwundern, daß dieselben einfachen und nachdringenden Gebanngenge in diesen Vorschlägen offenbar wenig Rechnung getragen ist, dagegen muß es der Regierungsvorlage zum besonderen Verdienste angerechnet werden, daß sie im Großen und Ganzen diese Betrachtungen ihren Ausführungen zu Grunde gelegt hat.

Der Antrag Rohland (M 060 Steuer und M 6 Exportzollifikation) befriedigt bei weitem nicht die Ansprüche auf Mehrerhebung, erkauft aber die verbindende kleine Mehrerhebung des Staates von 5000000 durch eine Mehrbelastung der Industrie von 23000000, wovon der größte Teil dem Consumenten zu Gute kommt, während der Staat gesamtermaßen leer ausgeht.

Ebenso wenig befriedigend ist der Antrag von Dr. Witte, bei welchem eine Mehr-Einnahme des Staates von 5450000 durch einen Verlust der Industrie von 25700000 erzielt wird.

Weniger schief würde schon die Wirkung des Antrages von Wedell sein, bei welchem durch eine Mehrbelastung der Industrie von 20275000 M eine Mehrerhebung für den Staat von 15575000 M erzielt würde.

Am rationalsten ist und bleibt aber die Vorlage der Regierung, indem nach ihrem Vorschlage nicht nur der Fiskus eine höhere Mehrerhebung erzielt als bei allen anderen Vorschlägen, sondern auch daß die Industrie aufzuwendende Opfer dem abgetragenen Gewinne des Staates am meisten entspricht, fast gleichkommt, nämlich der Staat erhält 18650000 M, welche der Industrie 17900000 M kosten. Die kleine durch den Consum zu tragende Differenz von 750000 M fällt hierbei kaum in die Waagschale, da sie — auf den Inlandconsum von 7500000 Centner vertheilt — eine Preisverhöhung von 1/10 Pfennig pro Pfund ausmachen würde.

Es muß somit anerkannt werden, daß von allen bis jetzt vorliegenden Vorschlägen der Regierungsvorschlag sowohl für den Staat als auch für die Industrie der günstigste und — vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus beurtheilt — derjenige ist, welcher die Last des auf-

Aus der Reichshauptstadt.

W. Berlin, 11. Februar.

Der Carneval, diese Zeit voller Lust und Fröhlichkeit, hat sich überprübend, denigstens in diesen Frühlingsmonaten mit einem gewissen habituellen Recht versehenen Bürger, befrist in untern nördlichen Gegenden immer lebhafter Charakter, der ihm das Zurückgehen in gewöhnliche Räume anstößig. Die Verände, in Berlin öffentliche Aufzüge u b bis auf die Straßen sich hinauswühlende Carnevalsaufbarkeiten einzuführen, wie sie in den letzten Jahren unternommen wurden, sind nicht nur an dem Widerstreben der Polizei gescheitert, sondern auch von der öffentlichen Meinung entschieden zurückgewiesen worden. Was in Rom und auch noch in Gela a. Rh. vorzüglich angängig ist, weil der Volkssinn dort das Leben und darum auch die Frühlingsluft viel leichter nimmt, ist in Berlin noch lange nicht möglich, wo das „Raduagaden“ von den untern Volksschichten bei gegebener Gelegenheit als ein Lokatrest beansprucht wird. In diesem Jahre ist es auch gar nicht erst zu Versuchen gekommen, nämlich über „colligés“ Carnevalstreifen nach Berlin und Köln an der Spree einzuführen. Dennoch macht sich der Carneval in diesem Jahre weit lebhafter bemerkbar, als sonst. Das liegt einmal an der langen Dauer, welche ihm durch den späten Osterfesttermin und das dadurch bedingte späte Eintreten der Fastenzeit vergönnt ist. Man hat Zeit zum Ueberlegen und Vorbereiten; den Damen unpopulärer macht das Conferiren mit der Aufwaderin und Schneiderin weit größeres Vergnügen, wenn sie sich dabei Zeit lassen können und nicht zu überzähliger Eile genöthigt sind; kurz, die Futh des Vergnügens steht heutzutage daheim wie ein ruhiger Strom mit anmutigen und gesicherten Ufern. Aber auch das rege Leben am Kaiserhof, welches nicht nur in diesem Jahre eine größere Anzahl von glänzenden Festen umfaßt, sondern noch weit mehr in den präncipalen Familien und den Häusern der

höchsten und hohen Aristokratie, der Diplomatie und „haute finance“ mit sich führt, haben einen sehr großen Einfluß. Bei allen dem wird die Gastbesuchung fortgesetzt und die definitive Wahl des Präsidiums vorgenommen, wobei die Wahl des ersten Vicepräsidenten

behrung und Noth erkauft. Die Speculation thut auch das Ihrige dazu. Gerade kleine Schneidermeister, die gern ihre Unanständigkeit und Schloßhaftigkeit sich bewahren wollen, sind es, die zur Nothdurft, wenn die Karnevalzeit überaus anders ist, nur nicht in dem heißen Berlin, an den kalten Winter denken und vorwiegend aus Zeugnissen und Fritten am Platanen-Rosarium zusammenbauen, um zur Frühjahrszeit das leuchtende Schloß hinauszuhängen zu können. Auch für den Export wird übrigens in diesem Artikel hier in Berlin schon gearbeitet, und es soll, wie berichtet wird, ganz lohnend sein für denjenigen, der die nötige Platanen und Lichtigkeit dazu beifügt. Wie sehr die Leistungsfähigkeit unserer Industrie überhaupt im Zunehmen ist, bezeugt der Bericht eines Sachverständigen, welcher zur Zeit in englischen Wätern Aufsehen erregt. Der Mann hat sich in den hiesigen gewerblichen und industriellen Kreisen umgesehen und empfiehlt nur die Ergebnisse der seinen Landesleuten zur Nachachtung zu ernüchtern, daß deren Wohl bange. Ganz der englische Kritiker Kunstgewerk schreibe der ei. hoher jugenen Vorseh. ihrer fän. Ausfühern. stehend an. Wäße über. fenster bereit. Weipziger Plaz bedeutenden Eng. gehen den Eng.

Interessensgebühren für die nachgezeichnete Seite oder deren Raum für Halle n. Reg.-Bez. Mecklenburg nur 15 Pf., sonst 18 Pf. Reichman an der Spitze des Interentheiltes pro Seite 40 Pf.





